

historycast

was war – was wird



Unterrichtsmaterial zu Staffel 4, Folge 4

FLÜCHTLINGE AUS DER DDR IN DER BUNDESREPUBLIK

Heiner Wember im Gespräch mit Helge Heidemeyer

Unterrichtsmaterial entwickelt von Helge Schröder

Schritt 1:

Von der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Angekommen, aber auch willkommen?

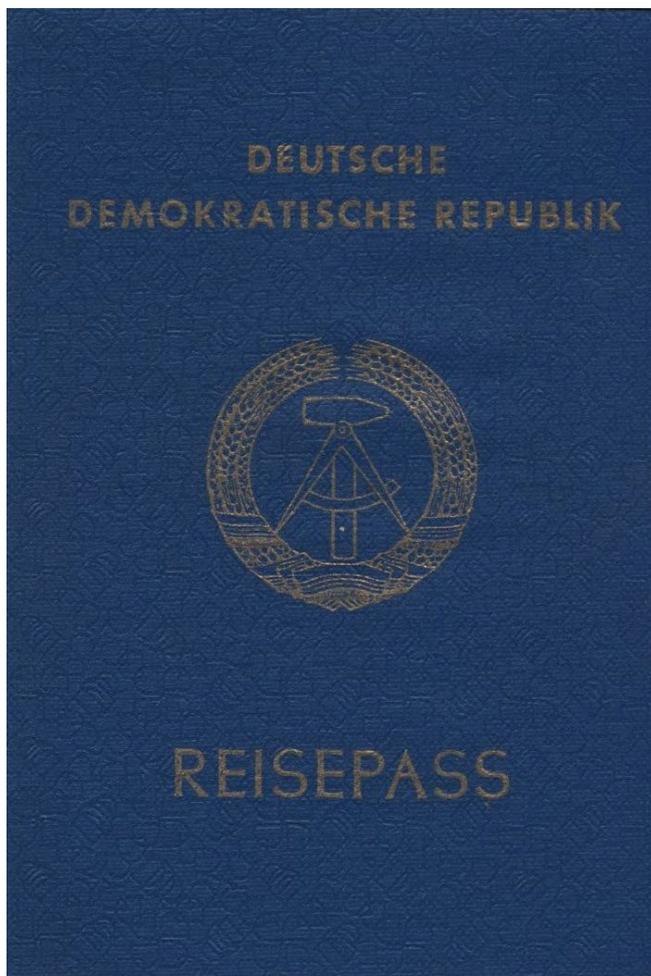
D1 Alleinvertretungsanspruch und DDR-Staatsbürgerschaft

Die beiden deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland und DDR wurden 1949 gegründet. Aber die Bundesrepublik Deutschland erkannte die DDR nicht als Staat an und erhoffte einen Alleinvertretungsanspruch.

1 Das bedeutete, dass die Bundesrepublik Deutschland sich als alleiniger Nachfolgestaat des Deutschen Reiches verstand. Das schloss auch alle Menschen in der DDR mit ein: Diese waren gleich-

5 sam „automatisch“ auch Bundesbürger, besaßen also die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland mit allen Rechten. Diese konnten sie aber nur ausüben, wenn es ihnen gelang, die DDR zu verlassen und auf das Staatsgebiet der Bundesrepublik zu gelangen. Das war schon 1949 nicht ohne Risiko, nach dem Bau der Mauer in Berlin und dem Ausbau der Grenzbefestigungen der DDR wurde es ab 1961 lebensgefährlich.

Q1 Zwei Reisepässe



DDR_Reisepass.jpg: Appaloosa derivative work: WikiNight2, Public domain, via Wikimedia Commons, Link: [ogy.de/gfqi](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DDR_Reisepass.jpg)



Federal Republic of Germany, passport, Public domain, via Wikimedia Commons, Link: [ogy.de/8tbi](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:FRG_Reisepass.jpg)

Q2 In der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 heißt es:

Präambel

- 1 Im Bewußtsein seiner Verantwortung
vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt,
seine nationale und staatliche Einheit zu wahren
und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten
- 5
Europa dem Frieden der Welt zu dienen,
hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern,

Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen,
10 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein,
Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern,
um dem staatlichen Leben
für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben,
kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses
- 15 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen
mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk
bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung
die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Q3 In Artikel 116 wird die Staatsangehörigkeit definiert:

Artikel 116

[Begriff „Deutscher“, Wiedereinbürgerung]

- 1 (1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist
vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Rege-
lung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt
oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher
- 5 Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder
Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Rei-
ches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937
Aufnahme gefunden hat.

- (2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen
- 10 zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai
1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, ras-
sischen oder religiösen Gründen entzogen wor-
den ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag
wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausge-
bürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren
- 15 Wohnsitz in Deutschland genommen haben und
nicht einen entgegengesetzten Willen zum Aus-
druck gebracht haben.

Q2 und Q3 zitiert nach: Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung)
1985, S. 21 und S. 90.

D2 Rechtsanspruch und Wirklichkeit: Zum Umgang mit DDR-Flüchtlingen in der frühen Bundesrepublik

Im Podcast erläutert Helge Heidemeyer, warum nicht alle DDR-Flüchtlinge gleich willkommen in der frühen Bundesrepublik waren.

1 **WEMBER: Wer nach Deutschland flieht, muss damit rechnen, dass er oder sie nicht anerkannt und abgeschoben wird. Diese Unsicherheit hatten die etwa 4 Millionen Menschen**
 5 **nicht, die aus der DDR flohen. Sie waren Deutsche und wurden als Deutsche im Westen anerkannt. Auch Sprachprobleme gab es keine. Nur dorthin zu kommen, in den Westen, das war ein Problem. Wie gefährlich war es denn, Herr Heidemeyer?**

HEIDEMEYER: Zunächst mal muss ich Ihnen widersprechen. Die Menschen aus der DDR sind nicht einfach aufgenommen worden. Im Westen galt das Notaufnahmegesetz, das die Bundesrepublik Deutschland als eines der ersten Gesetze im Sommer 1950 verabschiedet hat. Es machte einen sehr klaren Unterschied zwischen den Menschen, die politische Aufnahme finden sollten, und denjenigen, die sie nicht finden sollten und die abgelehnt werden mussten, nach Gesetzeslage.

WEMBER: Wer wurde denn abgelehnt?

HEIDEMEYER: Ich würde es positiv formulieren: Aufgenommen wurden diejenigen, die wegen einer Gefahr für Leib und Leben oder einer mutwilligen Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Existenz in die Bundesrepublik kamen und das nachweisen konnten. Alle anderen wurden nicht aufgenommen.

WEMBER: Was geschah denn mit denen, die nicht aufgenommen wurden?

HEIDEMEYER: Die nicht Aufgenommenen wurden sich selber überlassen, denn jetzt kommen wir zu dem Punkt, wo Sie recht haben. Sie waren in der Bundesrepublik Deutsche unter Deutschen, das heißt, die Bundesrepublik konnte nichts dagegen unternehmen. Man hing zwar zur Gründung der Bundesrepublik und in den ersten Jahren der Idee an, dass die Menschen dann schon wieder in die DDR zurückgehen würden, wenn sie nicht aufgenommen werden würden. Aber klar war, dass es nicht geschehen würde. Es gab ja durchaus Vorläufer. In den 1940er Jahren

schon war die Abwanderung aus der damaligen sowjetischen Zone in die drei Westzonen auch erheblich. Da hat die amerikanische Zone tatsächlich mehrfach versucht, die Menschen zurückzubringen, hat Sonderzüge aus München in die DDR fahren lassen. Das war aber zum Scheitern verurteilt, weil die Leute bei jedem Halt aus dem Zug rausgesprungen sind und vor allen Dingen die sowjetische Besatzungszone die Züge gar nicht reingelassen hat. Also, es war klar, dass man das nicht würde durchsetzen können, aber man hing der Fiktion an, dass die Menschen dann wieder gehen würden.

WEMBER: Das heißt, sie bekamen dann keine Unterstützung.

HEIDEMEYER: Genau, das Wesentliche des Notaufnahmegesetzes war, dass die Menschen, die die Aufnahme erhielten, unterstützt wurden bei der Wohnungssuche, bei der Arbeitssuche. Das war ja das Wesentliche. Wir müssen uns jetzt in das Jahr 1950 zurückversetzen, in ein kriegszerstörtes Land, das total überbevölkert war, weil die ganzen Vertriebenen, 9 Millionen Vertriebene, schon in der Bundesrepublik waren. Es herrschte wirklich Notstand an jeder Ecke, und wer anerkannt war, wer aufgenommen war, kam in den Genuss der bevorzugten Arbeitsvermittlung und der bevorzugten Wohnungsvermittlung. Allerdings galt für diese Menschen nicht uneingeschränkt die Freizügigkeit, denn der Aufnahme-Ausschuss – das war das Gremium, das über Aufnahme oder Nichtaufnahme entschied – legte auch fest, in welches Bundesland derjenige, der sich in einem der sogenannten Notaufnahmehäuser meldete – davon gab's drei, eins in Westberlin, eins in Uelzen, Niedersachsen, und eins in Gießen in Hessen –, wer sich da meldete, wurde auf die Bundesländer verteilt. Da gab es einen festen Schlüssel, und die Aufgenommenen wurden nach Familienzusammenführung, aber dann auch nach Arbeitsmöglichkeiten verteilt, sodass in der Höchstphase Nordrhein-Westfalen alleine 64 Prozent der aufgenommenen DDR-Zuwanderer zugewiesen bekam.

Schritt 2:

Was passierte DDR-Bürgern bei einem gescheiterten Fluchtversuch?

D3 Zur Geschichte des Untersuchungsgefängnisses Hohenschönhausen

Das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sollte die Herrschaft der SED sichern und Regimegegnerinnen und -gegner ausschalten. Dafür übernahm das MfS ab 1951 das sowjetische Kellergefängnis als seine zentrale Untersuchungshaftanstalt. Bis 1989 waren hier und in dem 1960 fertiggestellten Gefängnisneubau rund 11.000 Menschen inhaftiert.

- 1 In den 1950er Jahren befanden sich unter den Gefangenen Beteiligte des Aufstands vom 17. Juni 1953, Reformkommunistinnen und -kommunisten sowie in Ungnade gefallene Politikerinnen und Politiker, beispielsweise der ehemalige DDR-Außenminister Georg Dertinger (CDU) oder das einstige SED-Politbüromitglied Paul Merker. Das MfS entführte auch SED-Kritiker aus dem Westen: Der Journalist Karl Wilhelm Fricke wurde
- 10 1955 aus Westberlin verschleppt und in Hohenschönhausen fünfzehn Monate lang verhört. Das Oberste Gericht verurteilte ihn schließlich in einem Geheimprozess zu vier Jahren Zuchthaus.
- 15 Ende der 1950er Jahre errichteten Arbeitshäftlinge den Gefängnisneubau. Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 waren hier zunehmend

Menschen inhaftiert, die aus der DDR fliehen oder ausreisen wollten. Aber auch Kritikerinnen und Kritiker der SED wie der Dissident Rudolf Bahro, der Schriftsteller Jürgen Fuchs oder die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley saßen hier in Haft.

- 25 Die physische Gewalt der 1950er Jahre ersetzte das MfS seit den 1960er Jahren durch psychologische Foltermethoden. Die Vernehmer erzeugten bei den Inhaftierten systematisch das Gefühl, einem allmächtigen Staat ausgeliefert zu sein: Der Aufenthaltsort ihrer Haft wurde ihnen verschwiegen, von Mitgefangenen waren sie streng isoliert. Die häufig monatelangen Verhöre sollten sie zu belastenden Aussagen zwingen.
- 30
- 35 Die friedliche Revolution im Herbst 1989 führte zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und seiner Gefängnisse. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde die Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen geschlossen.
- 40

Zitiert nach: ogy.de/w80j

Q4 Fotografien aus der Gedenkstätte Hohenschönhausen



4.1 Gang mit Zellen im Neubau der ehemaligen Haftanstalt

Denis Apel, CC BY-SA 2.0 DE [oggy.de/x6yl](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gang_mit_Zellen_im_Nebau_der_ehemaligen_Haftanstalt_Hohenschonhausen.jpg), via Wikimedia Commons, Link: [oggy.de/sdb1](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gang_mit_Zellen_im_Nebau_der_ehemaligen_Haftanstalt_Hohenschonhausen.jpg)



4.2 Zwecks Standortverschleierung erreichten Häftlinge den Zellentrakt nur mit fensterlosen Häftlings-transportern über die ebenfalls fensterlose Garage.

Anagoria, CC BY 3.0 [oggy.de/x6yl](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Häftlings-transporter.jpg), via Wikimedia Commons, Link: [oggy.de/420z](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Häftlings-transporter.jpg)



4.3 Einzelzelle im Neubau

Denis Apel, CC BY-SA 2.0 DE [oggy.de/1at3](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1at3.jpg),
via Wikimedia Commons

Link: oggy.de/swe8



4.4 An den Flurwänden ein Alarmsystem aus Überputzleitungen, im Hintergrund Flurampeln zur Isolation der Gefangenen außerhalb ihrer Zelle

Hermann Junghans, CC BY-SA 3.0 DE [oggy.de/u4xa](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:u4xa.jpg), via Wikimedia Commons, Link: oggy.de/4ilr



05 **Häftlingsschicksale**

Auf der Internetseite der Gedenkstätte Hohenschönhausen finden sich Biografien von ehemaligen Häftlingen. Einige werden hier abgedruckt.

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen

Die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen spielen in Hohenschönhausen eine wichtige Rolle. Durch ihr Engagement Anfang der 1990er-Jahre konnte im ehemaligen Stasi-Gefängnis eine Gedenkstätte errichtet werden. Viele von ihnen sind noch heute aktiv und berichten Besuchenden von ihren Hafterfahrungen.



Michael Bradler

Referent seit 1998

„Dieser Ort zeigt zwar nicht die DDR, aber er zeigt ein maßgebliches Bild, was in der DDR eine Rolle spielte, wenn man sich nicht dem angepasst hat, was das System für richtig hielt.“

[Zur Biografie](#)

Michael Bradler, Foto:
© Dirk Vogel



Michael Brack

Referent seit 2016

„Es ist wichtig, in unserer bestehenden Demokratie, die ich für sehr wertvoll erachte, auf eine Diktatur aufmerksam zu machen, die es ja auch in Deutschland gegeben hat.“

[Zur Biografie](#)

Michael Brack



Reinhard Fuhrmann

Referent seit 2002

[Zur Biografie](#)

Reinhard Fuhrmann



Gilbert Furian

Referent seit 1994

„Meine Arbeit in der Gedenkstätte soll dazu dienen, dass die Besucher am Ende der Führung ein Gespür dafür haben, wie wertvoll die Freiheit ist, die sie jetzt jeden Tag genießen, ohne das zu merken.“

[Zur Biografie](#)

Gilbert Furian, Foto: ©
Dirk Vogel



Sigrid Grünewald

Referentin seit 2012

„Meine Eltern mussten unter den Nazis viel erdulden und leiden. Sie waren im Widerstand, mein Vater war im KZ. Leider haben sie über diese schwere Zeit nie gesprochen, ich habe erst durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand alles erfahren. Ich hatte mir nach meiner Haft vorgenommen, darüber zu berichten, damit die Zeit unter der Stasi nicht vergessen wird.“

[Zur Biografie](#)

Sigrid Grünewald,
Foto: © Dirk Vogel



Lutz Hildebrandt

Referent seit 2009

„Zeitzeugen sind authentisch, reflektieren die Vergangenheit und geben Orientierung für die Zukunft. Die Gedenkstätte ist der beste Ort dafür. Hier möchte ich auch in Zukunft meinen Einsatz leisten.“

[Zur Biografie](#)

Lutz Hildebrandt

Weitere Zeitzeugen können hier entdeckt werden: [ogy.de/9k4q](https://www.ogy.de/9k4q)

D5 „Menschen psychisch in die Knie zwingen“ – dann Freikauf?

1 **WEMBER: Helge Heidemeyer beschäftigt sich als Historiker seit seiner Dissertation mit dem Thema Flucht aus der DDR. Er ist heute Leiter der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Im Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen wurden DDR-Bürger eingesperrt, die einen Fluchtversuch unternommen hatten. Wie ging die Stasi mit denen um, Herr Heidemeyer?**

10 HEIDEMEYER: Also zunächst auch hier mal wieder ein kleiner Widerspruch. Es waren nicht nur Menschen in Hohenschönhausen, die die DDR verlassen wollten, wenn sie auch in den 80er Jahren den Hauptanteil der Häftlinge in Hohenschönhausen ausmachten. Viele unserer Zeitzeugen, die heute noch [als Guides in der Gedenkstätte] arbeiten, haben Fluchtversuche hinter sich. Das entscheidende Signum Hohenschönhausen war aber, dass man versucht hat, dort die Menschen psychisch in die Knie zu zwingen, und Sie haben ein Stichwort genannt: Isolation war eins in Hohenschönhausen, und dort waren in der Regel die Gefangenen in Einzelhaft und hatten keine Chance, mit anderen Gefangenen Kontakt aufzunehmen. Es gibt ja die berühmten Geschichten. Wenn man auf dem Gang zu seinem Verhör gebracht wurde und ein anderer Gefangener ebenfalls über den Gang kam, musste man sich mit dem Gesicht zur Wand stellen, dass man den oder die andere nicht erkennen konnte. Ein anderes war die Desorientierung. Selbst wenn sie in der Nachbarschaft dieses Gefängnisses gefangen genommen wurden, sind sie mit dem Gefangenentransporter, der natürlich keine Fenster hat, mehrere Stunden durch die Stadt gefahren worden, sodass sie also die Orientierung verloren haben. Sie konnten nicht nach draußen schauen, weil die Zellen keine Fenster haben, sondern nur Glasbausteine.

40 **WEMBER: Das dient ja alles dazu, die Häftlinge zu brechen, auch psychologisch, und gefügig zu machen, vielleicht auch Verbindungsleute aus ihnen herauszupressen?**

45 HEIDEMEYER: Hohenschönhausen ist eine Untersuchungshaftanstalt, und wir haben das

Bild im Rechtsstaat: Da wird man befragt, um die Schuld oder die Unschuld festzustellen. Das ist aber in [...] in der kommunistischen Untersuchungshaft ganz anders, weil, wenn Sie festgenommen werden im Kommunismus, sind Sie schuldig. In dem Moment stand für viele sogar das Strafmaß schon fest.

[...]

55 Diese Befragungen hatten zwei Ziele. Einmal, dass sich der Gefangene dem unterwirft und das zugibt, was ihm zur Last gelegt wurde, auch wenn Sie Monate in Einzelhaft sind und gequält werden, sei es nun physisch oder psychisch. Irgendwann wollen Sie da raus und gestehen alles. Die Kommunisten wollten die Menschen so weit bringen, dass Sie quasi ihnen recht gaben, um es mal ganz platt auszudrücken, und das zweite Ziel war, dass man Hintermänner, dass man andere genannt bekam, die, beißen wir bei dem Beispiel Flucht, die mit einer Fluchthilfe-Organisation zusammengearbeitet haben, sogar Namen vielleicht aus der Fluchthilfe-Organisation, all diese Dinge, oder: Wer will denn noch fliehen? Wer wusste von Ihren Fluchtplänen und hat uns nicht verraten, dass Sie fliehen wollen? Das sind solche Dinge, die die Staatssicherheit herausbringen wollte.

75 **WEMBER: In Hohenschönhausen saßen auch viele Gefangene, die dann anschließend freigekauft wurden.**

HEIDEMEYER: Ja.

80 **WEMBER: Höchstpreis zum Schluss etwa 50.000.**

HEIDEMEYER: Ja, aber der Preis hing ja immer von ihrem persönlichen Wert ab. Akademiker, Ärzte waren teurer als Handwerker, und die waren wiederum teurer als Hausfrauen. Ich sage es jetzt mal so platt, aber so war es tatsächlich.

85 **WEMBER: Rentner durften sowieso gehen.**

HEIDEMEYER: Rentner durften ja ohnehin gehen, die waren dann nicht mehr im Ziel der Staatssicherheit. Der Durchschnittspreis für Freigekaufte liegt ungefähr bei 33.000 D-Mark.

Schritt 3:

Ankommen in der Bundesrepublik Deutschland, dem „Westen“

Q6 Das Berliner Flüchtlingslager Marienfelde

Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach dem 1950 verabschiedeten und bis 1990 gültigen Notaufnahmegesetz mussten sie aber ein Aufnahmeverfahren durchlaufen. Dieses wurde in den drei Lagern in Berlin, Gießen und Uelzen durchgeführt.

Q6.1 Richtfest für das Notaufnahmelager



Bundesarchiv, B 145 Bild-P004759 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, Link: [ogy.de/hwuk](https://www.ogy.de/hwuk)

Q6.2 Aufnahme aus dem Juli 1958 (drei Jahre vor dem Mauerbau)



Bundesarchiv, B 145 Bild-F005835-0004 / Müller, Simon / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 DE <[ogy.de/u4xa](https://www.ogy.de/u4xa)>, via Wikimedia Commons, Link: [ogy.de/dzs1](https://www.ogy.de/dzs1)

D5 Zukünftig eine „Heimstatt für freie und glückliche Menschen“?

Im Podcast heißt es zu den Notaufnahmелagern:

1 **WEMBER: Helge Heidemeyer war vor seiner Zeit in Hohenschönhausen auch in Berlin-Marienfelde, jenseits der ehemaligen Mauer, tätig. Marienfelde, das war ein Sehnsuchtsort für viele DDR-Bürger.**

5 HEIDEMEYER: Ja, weil, wer in Marienfelde ankam, hatte es geschafft. Er war im Westen und konnte sich auf das neue Leben einlassen. Es war lange eine Stelle immer noch zwischen Ost und West, zwischen dem alten Leben und dem neuen Leben. Aber er lag halt schon im Westen, der Ort, und man hatte das Gefährlichste, näm-

lich den Grenzübertritt aus der DDR oder aus Ostberlin, in diesem Fall, hinter sich.

15 **WEMBER: Das war aber kein Flüchtlingslager mit Baracken, sondern das sah ab 1952, als es gegründet wurde, ganz anders aus.**

HEIDEMEYER: Genau, in Berlin gab's relativ viele Flüchtlingslager für die Vertriebenen, für alle möglichen Menschen. Die Zerstörung war ja sehr groß in Berlin. Deswegen hat man sich, als die Fluchtbewegung aus der DDR Anfang der 50er Jahre so massiv zunahm, entschlossen: Wir brauchen hier einen Ort, an dem die Menschen untergebracht, befragt, auch hier wieder befragt

07 Erinnerungen und Gedenken

Im Rahmen des Projekts „Paste Up History – Marienfelde Goes Street Art“ wurde im Jahr 2020 das Bild einer aus der DDR geflüchteten Familie auf eine Hausfassade in Marienfelde geklebt.



Bautsch, CC0, via Wikimedia Commons (Foto von 2020), Link: [ogy.de/u0ai](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Geflüchtete_Familie_Marienfelde.jpg)

Raum für eigene Notizen



D6 Wirtschaftsflüchtlinge und Notaufnahmegesetz?

1 Im Podcast heißt es dazu:

WEMBER: Wirtschaftsflüchtlinge wollte man damals auch nicht.

HEIDEMEYER: [Das Notaufnahmegesetz nannte
5 ja als Aufnahmegrund nur die politische Unterdrückung.] Wirtschaftsflüchtlinge wollte man nicht haben, genau, und insofern wiederholt sich das, was wir damals erlebt haben, heute auch. Dass die Aufnahmekriterien dann immer
10 weiter und immer weicher gefasst wurden, im Übrigen durch Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts jeweils 1953, 1957, hat die Ablehnungsquote auf etwa ein Prozent gedrückt. Also anfangs, vor 1953, lag die Ablehnungsquote
15 ungefähr bei zwei Dritteln der Menschen, die einen Antrag stellten [...].

Da merkt man schon, dass das Gesetz nicht mehr, man muss es so sagen, nicht mehr so ausgelegt wurde, wie es 1950 gedacht war, als es geschaffen wurde. Andererseits, dass die wirtschaftliche
20 Situation halt eine ganz andere geworden war. Ab Mitte der 1950er Jahre suchte man händeringend Arbeitskräfte, also jeder war willkommen, und das war auch im Übrigen eines der Hauptargumente für das Bundesverwaltungsgericht zu sagen: Das geht nicht.

Seit '53 sagte das Arbeitsgericht: Jeder, der eine Arbeit hat, wird aufgenommen. Seit '57 sagte das Verwaltungsgericht nur noch: Jeder, der arbeitsfähig ist, wird sofort aufgenommen. Also, da merkt man schon den großen Unterschied, und wir wissen es doch, ab Mitte der 1950er Jahre gab es schon die Anwerbeabkommen für die, die wir damals Gastarbeiter nannten, also insofern
35 war jeder willkommen.

Zumal die Menschen aus der DDR natürlich erhebliche Vorteile gegenüber allen ausländischen Zuziehenden hatten. Sie konnten die Sprache, sie waren mit den Gegebenheiten vertraut, und sie waren zum Teil, zum großen Teil sehr gut ausgebildet.
40

WEMBER: Es gibt einen enormen Unterschied durch den Mauerbau. Ich habe es mal ausgerechnet: In den Jahren davor, seit der Staatsgründung der DDR, waren es pro Jahr 233.000 im Durchschnitt, die kamen. Nach dem Mauerbau pro Jahr etwa 43.000, also nur noch etwa ein Siebtel der Zahl. Das heißt, der Mauerbau hat dann schon die DDR und das System stabilisiert.

HEIDEMEYER: In dieser Frage natürlich schon, klar. Die DDR war eingezäunt. Der DDR-Bürger konnte sich nicht mehr entscheiden wie vorher, ob er in den Westen geht oder nicht. Er konnte es natürlich versuchen, aber der Versuch war so
45 dermaßen gefährlich, er war lebensgefährlich. Dass man sich das wirklich dreimal überlegt, ob man das versucht. Sie wissen, Anfang der 60er Jahre gab es sehr viele und auch große spektakuläre Versuche, die Menschen rauszuholen. Allein die ganzen Tunnel, die in der Bernauer Straße gegraben worden sind und über die jeweils
50 mehr als ein Mensch rausgekommen ist, zeugen ja von dem ungemeinen Drang, die Freiheit im Westen zu erlangen.

Aber das war eben was ganz anderes. Solange die S-Bahn frei zwischen Ost und West fuhr, war es natürlich doch leicht, der DDR zu entkommen. Man konnte nicht viel mitnehmen, dann wäre man ja gleich aufgefallen, aber man konnte zumindest sich und die Dinge, die man auf dem Leib tragen konnte, in den Westen retten. Das sehen Sie übrigens auch ganz schön an den Fotos von 1960, 1961. Es gibt ja eine ganze Reihe von großartigen Fotoserien aus Marienfelde dieser
55 Zeit, und Sie sehen nur bestgekleidete Leute, die da darauf warten, ihr Verfahren hinter sich zu bringen, und das ist natürlich klar. Man konnte nichts mitnehmen. Man hat natürlich die besten Dinge angezogen, die man hatte. Die Menschen haben alle das an, was man damals so den Sonntagstaat nannte. Klar, das ist auch das, was man dann für das Bewerbungsgespräch brauchte. Es ist so offensichtlich.
60
65
70
75
80

Schritt 4:

Mauerbau, Wiedervereinigung und neue Migrationen zwischen Ost und West

D7 Soziale Probleme nach der Übersiedlung aus der DDR

Christoph Strupp von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg schreibt im „Hamburg Geschichtsbuch“ dazu:

1 „Viele Übersiedlerinnen und Übersiedler aus der
DDR fanden nach den praktischen Problemen
der ersten Monate schließlich einen Arbeitsplatz
und eine Wohnung und bauten sich ein neues
5 Leben in Westdeutschland auf. Gelegentlich
stellten sich allerdings ursprüngliche Annah-
men als unrealistisch heraus und manche hoch-
gesteckten Erwartungen wurden enttäuscht.
Zeitgenössische Berichte und spätere Interviews
10 legen zudem nahe, dass sich nicht wenige Men-
schen in der neuen Heimat lange fremd und
orientierungslos fühlten. Die gemeinsame deut-
sche Sprache und das Erbe an historischer und
kultureller Tradition konnten die feinen Unter-
15 schiede in Alltag, Schule und Beruf nicht über-
decken, die sich nach 1945 zwischen West und
Ost entwickelt hatten.

Der Schritt von einem Staat mit einem umfas-
senden Regelungsanspruch für alle Bereiche
20 des Lebens im Osten hin zu einer offenen Ge-
sellschaft im Westen, in der man frei von Bevor-

25 mung selbstbestimmt leben konnte, stellte
eine Herausforderung dar, weil man dieses Le-
ben eben auch selbst organisieren musste. Die
Behörden leisteten dazu auch in Hamburg Hilfe-
stellung, aber um Wohnung, Arbeitsplatz, sozia-
le Kontakte und viele alltagspraktische Fragen
wie z.B. die Eröffnung eines Bankkontos muss-
ten die Menschen sich letztlich selbst kümmern.
30 Daran scheiterte ein Teil der Übersiedlerinnen
und Übersiedler. Viele Fähigkeiten und Quali-
fikationen, die die Menschen sich in der DDR
angeeignet hatten, schienen innerhalb der ge-
sellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik
nicht mehr viel wert zu sein. Manchmal fehlte
35 auch ganz konkret Fachwissen, z.B. mangelte es
an EDV- [= Computer-] oder Englischkenntnissen
für anspruchsvollere Büroberufe. Hinzu kam
die Enttäuschung darüber, dass sich nicht weni-
40 ge Westdeutsche an den Biografien und Lebens-
erfahrungen der Ostdeutschen desinteressiert
zeigten. [...]“

Zitiert nach: ogy.de/tuam

D8 Soziale Probleme nach der Übersiedlung aus der DDR

Im Podcast heißt es zur Situation nach dem Mauerbau 1961:

1 **WEMBER: Und je mehr die Teilung betonierte
wurde, um so größer auch die Unterschiede
zwischen den Menschen?**

HEIDEMEYER: Genau, und insofern war das na-
5 türlich. Es war nicht die gleiche, aber doch eine
sehr ähnliche Welt, in die der DDR-Flüchtling
vor 1961 kam, und jetzt machen wir mal einen
kleinen Sprung. Derjenige, der in den 70er Jah-

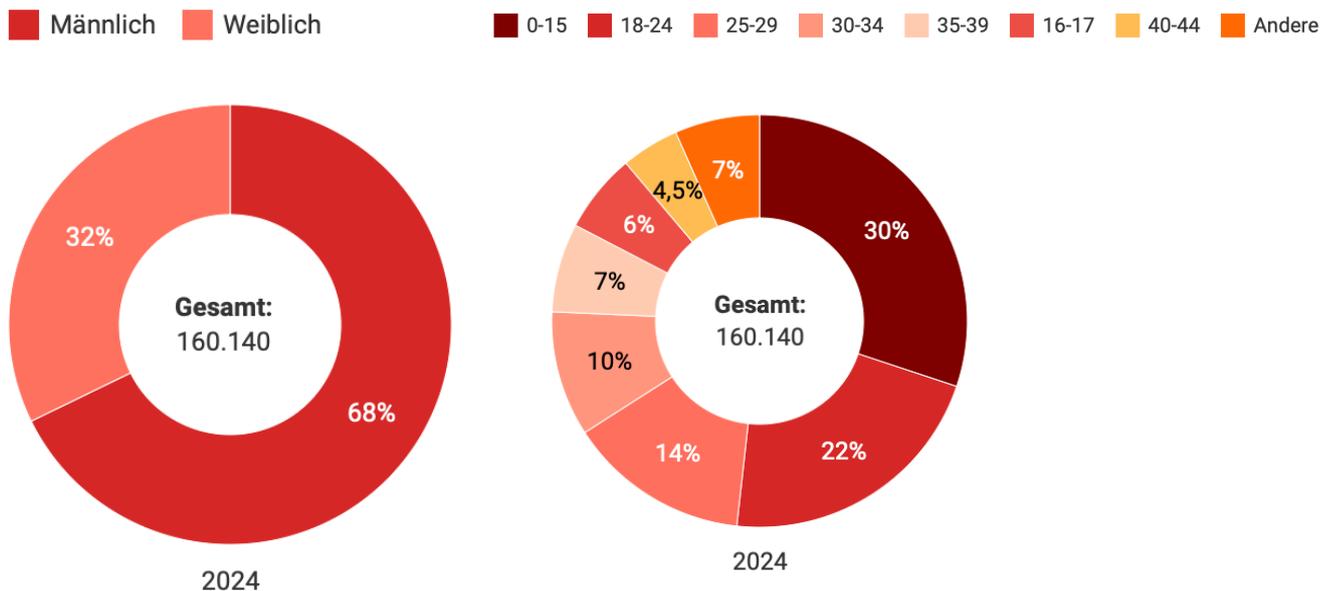
10 ren kam, hatte ja überhaupt keine Chance ge-
habt, in seinem Leben die Bundesrepublik zu
erleben. Das ist ja auch der große Unterschied.
Die Flüchtlinge aus der DDR waren ja, übrigens
wie heute die Flüchtlinge auch, junge Menschen,
überwiegend Männer, junge Männer, die gut
15 ausgebildet waren. Wenn sie 1975 mit Anfang
20 in die Bundesrepublik kamen, hatten sie als
Säugling vielleicht mal einen Aufenthalt in der
Bundesrepublik gehabt, danach aber nicht mehr.

20 Sie hatten gar kein reales Bild, wie es im Westen
aussah. Natürlich haben viele im Osten West-
fernsehen geschaut, aber Fernsehen und Realit-
tät ist doch immer noch ein Unterschied, wenn
auch das Fernsehen nicht die Propaganda war,
wie die DDR-Führung das ihre Bevölkerung im-
25 mer glauben machen wollte. Das war das eine,
und der politische Unterschied war ja auch greif-
bar, zumindest in den 70er Jahren, als dann in
der Bundesrepublik auch linke Positionen sehr
stark en vogue waren, die in der DDR nur noch
30 das andere, irgendwie vielleicht sogar das besse-
re, weil gerechtere Deutschland sahen und die
Ungerechtigkeiten und die Unfreiheit einfach
ausblendeten. Das war ja ungeheuerlich! Wenn

35 DDR-Flüchtlinge, die aus gutem Grund gegangen
waren, sich dann im Westen anhören mussten,
ach, wärst du doch drüben geblieben! Da war
es doch viel besser als hier. Hier, der Kapitalis-
mus macht uns doch alle kaputt. Solche Haltun-
gen haben die DDR-Flüchtlinge natürlich sehr
40 schwer verletzt, und dann war es ja in der Bun-
desrepublik in den 80er Jahren auch schwieriger,
eine Arbeitsstelle zu finden, weil die Arbeits-
losigkeit durchaus beachtliche Größen erreicht
hatte. All das waren Punkte, die die Flüchtlinge
45 dann tatsächlich zu einer eigenen Gruppe auch
machten, die sie vorher nie waren.

D9 Wer stellte 2024 Asylanträge?

Die Bundeszentrale für politische Bildung zeigt zur Geschlechts- und Altersstruktur der Asylantragstellenden 2024 Grafiken:



CC, BY-NC-ND, nach: ogy.de/tgc4

D10

Abwanderung aus den neuen Bundesländern in den „alten Westen“ (nach der Wiedervereinigung)

1 WEMBER: Das heißt: Wer ging? Die Jungen? Die Gebildeten?

HEIDEMEYER: Die Jungen, die Jungen, die gerade ihre Ausbildung oder ihre Schulausbildung abgeschlossen hatten, und ich weiß nicht, wie ich's sagen soll, diese Beweglichen, die, die was erreichen wollen in ihrem Leben, und das ist natürlich eine Krux für die neuen Bundesländer bis heute, dass die Bevölkerung so eine bestimmte Struktur hat, auch eine bestimmte mentale Struktur.

WEMBER: Mehr Männer oder mehr Frauen gingen in den Westen?

HEIDEMEYER: Anfangs gingen tatsächlich mehr Frauen in den Westen. In den etwas schwierigen End-80er-Jahren gab es nicht viele Stellen in der Industrie oder in der Wirtschaft, aber im Handel gab es relativ viele Stellen dann noch zu besetzen. Und in den 90er Jahren sind sehr, sehr viele junge Frauen in den Westen gegangen und haben da ihren Berufseinstieg geschafft. Und es gibt nur ganz wenige Menschen, um das noch abzuschließen, die ganz bewusst im Osten geblieben sind, um hier was aufzubauen. Die gibt's natürlich auch, die möchte ich jetzt auch nicht unterschlagen, an dieser Stelle. Aber das ist natürlich nur eine Minderheit. Dazu gehört ein gewisser Idealismus, und das muss man eben gegenüber dem Pragmatismus immer so ein bisschen abwägen.

WEMBER: 55 Prozent Frauen waren es nach der Statistik bis heute. Also doch ein Frauenüberhang, in drei Wellen. Direkt nach der Wende gab es eine starke Welle, dann kamen die „blühenden Landschaften“ nicht, zumindest nicht so schnell, wie es geplant war. Dann war es vor allem Arbeitslosigkeit auch, die die Menschen weggetrieben hat. Und dann noch mal die Gebildeten ab 2000 etwa, die häufig übergegangen sind, laut Statistik. Ja, das führt dazu, dass heute in den neuen Bundesländern – wir müssen Berlin immer außen vorlassen, Berlin hatte einen Sonderstatus –, aber in den neuen Bundesländern es etwa ein Viertel mehr Menschen über 65 gibt. Das ist auch ein großes demografisches Problem.

HEIDEMEYER: Natürlich. Deswegen sage ich, dass die Strukturstützung für genau diese Gebiete richtig war, für die neuen Bundesländer, die da natürlich auch nicht alle gleich sind. Also in Brandenburg haben wir große Probleme in den entlegeneren Gegenden, in den Dörfern, aber wir haben natürlich keine Probleme in dem sogenannten Speckgürtel um Berlin herum, Potsdam und Falkensee. [...]

WEMBER: Es gibt einen Unterschied bei der Bevölkerungsentwicklung. Im Westen hat die Bevölkerung um 10 Prozent zugenommen seit der Wende, auf 68 Millionen, im Osten, ausgenommen Berlin, ist sie um 15 Prozent geschrumpft auf 12,6 Millionen. Nordrhein-Westfalen ist wesentlich größer von der Bevölkerung her als alle neuen Bundesländer zusammen, und spannend ist dann auch noch, wie es mit der anderen Migration aussieht, mit dem Anteil der Menschen, die einen ausländischen Hintergrund, einen „Migrationshintergrund“ haben. Insgesamt gilt in Deutschland: Jeder vierte hat einen Migrationshintergrund. Das sind nicht alle Ausländer, sondern auch Menschen, die inzwischen längst die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Aber ganz erstaunlich ist, in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg ist es jeder dritte, und im Osten sind es unter 10 Prozent, nicht mal jeder zehnte, der einen Migrationshintergrund hat.

HEIDEMEYER: Das verschärft auf der einen Seite die demografische Problematik. Das ist aber auch ein Zeichen dafür, wie attraktiv bestimmte Gebiete sind. Denn wenn wir heute Menschen mit Migrationshintergrund denken, haben wir sofort ein Bild von einem Flüchtlingslager im Kopf. Aber das ist ja auch nur ein Bruchteil der Menschen, die fremd sind und zu uns kommen, die bei uns arbeiten in Deutschland, und insofern ist dieses Bild schon ein erhebliches Problem. Also, es ist auch nicht attraktiv für Menschen, in strukturschwache Gebiete zu gehen. Mitunter kann es das schon sein, weil man da eine Chance hat, die man woanders nicht hat. Sehr viele Besitzer von Gasthöfen in kleinen ost-

95 deutschen Orten sind mittlerweile nicht mehr Deutsche, sondern Italiener, Inder, Vietnamesen, die hier ihre Chance sehen, sich was aufzubauen, weil es sonst keiner mehr machen würde, muss 100 man jetzt auch mal ganz ehrlich sagen. Aber insgesamt bleibt es doch eine kleine Gruppe, und das ist beides eben: ein demografisches Problem und ein strukturelles Problem.

D11 Nach 30 Jahren: Frauen in Ost und West



Zahlen, Daten, Fakten – Frauen Ost/West im Wandel der Zeit (12.05.2019)

04:25 min

Link zum Video: ogy.de/ehrs



Links zu Folgen des WDR-ZeitZeichen-Podcasts zu ähnlichen Themen:



03.05.1974: Erich Honecker will auf Flüchtende schießen lassen

ogy.de/vwpk



Transitabkommen BRD-DDR unterzeichnet (am 17.12.1971)

ogy.de/zblo



Bau der Mauer in der DDR (am 13.08.1961)

ogy.de/gg6p

historycast



was war – was wird

Impressum

Redaktion Dr. Helge Schröder
dr.helge.schroeder@geschichtslehrerverband.de

Layout Kai D. Röwer, www.ad-roewer.de

Gefördert von der Stiftung Orte der Deutschen Demokratiegeschichte

Illustrationen © Irmela Schautz, www.irmela-schautz.de

Alle Nachweise beziehen sich auf einen letzten Zugriff im Dezember 2024.

12/2024